

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 27 (1948)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Bericht aus der russischen Zone  
**Autor:** Fischer, Alfred Joachim  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336002>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Bericht aus der russischen Zone

*Der Autor dieses Berichtes hat seinen ständigen Wohnsitz in London, wo er Mitglied des PEN-Clubs und der «National Union of Journalists» ist. Er gehört der Labour Party an. Beiträge aus seiner Feder erscheinen in führenden Zeitschriften für Politik («Contemporary Review», «World Affairs», «Central European Observer» u. a.). Die Verantwortung für die Tatsachentreue des Berichtes trägt, gestützt auf die während seiner Reise gemachten Wahrnehmungen, A. J. Fischer. Wir zweifeln nicht an seinem Streben nach größtmöglicher Objektivität.*

Red.

Der Verfasser dieses Artikels hat vier Monate (Sommer 1948) in Deutschland verbracht. Er besuchte Berlin, die Bizonen und die russische. Um einen objektiven vergleichenden Bericht schreiben zu können, muß man zunächst zweierlei Versionen des Begriffes «Demokratie» klarlegen. Wer darunter Höchstentfaltung individueller politischer Freiheit versteht, wird sie eher in Westdeutschland erfüllt sehen. Wem Demokratie an erster Stelle Ausschaltung jener Kräfte bedeutet, die das Deutsche Reich auf sozialen und wirtschaftlichen Umwegen von Krieg zu Krieg führten, dem bietet die russische Zone ein Beispiel dafür.

Auf beiden Seiten beobachteten wir «Schönheitsfehler», d. h. vereinzelte Erscheinungen, die der eben angedeuteten Differenzierung zuwiderlaufen. In der amerikanischen wie in der französischen Zone wurden beispielsweise Unterzeichner und Werber des «Volksbegehrens für Einheit und gerechten Frieden» polizeilich verfolgt und verhaftet. Die Russen haben hier und da einem Ex-militaristen oder Exnazi verantwortliche Positionen anvertraut. Grundsätzlich aber bleibt es bei den Feststellungen unseres ersten Absatzes.

Viele westliche Journalisten, die die russische Zone besuchen durften, sind von politischen Offizieren begleitet worden und konnten sich nicht ungehemmt bewegen. Mir selbst wurde volle Freizügigkeit geboten. Unbeschattet konnte ich Sachsen und Thüringen, teilweise per Bahn und teilweise mit Auto, durchreisen.

Kontakte mit der Sowjetischen Militäradministration (SMA) beschränkten sich auf das formale Melden bei örtlichen Kommandanturen. Ich interviewte den Leipziger Stadtkommandanten und wurde von einigen zuständigen Offizieren nach besondern Wünschen gefragt. Mein recht umfangreiches Programm blieb völlig unbeanstandet.

Durch alte persönliche Beziehungen war es mir möglich, in verschiedenen Familien zu leben und sehr differenzierte Ansichten zu hören. Auch fiel es

nicht schwer, mit Menschen in Eisenbahnen, Betrieben, Lokalen und auf Straßen Gespräche anzuknüpfen. SED-Ministerpräsidenten empfingen mich ebenso selbstverständlich und offenherzig wie führende Persönlichkeiten der beiden bürgerlichen Parteien.

Von tödlichem Schweigen, um die «westlich» eingestellte Berliner Presse zu zitieren, kann bis heute in der Ostzone nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen nicht die Rede sein. Zum Beweise führe ich einige Kostproben an — einen Bruchteil des Gehörten.

Während einer dreistündigen Eisenbahnfahrt wurde mir unter anderm folgendes mitgeteilt:

A.: Ostdeutschland sei praktisch nur eine russische Provinz, bestenfalls so etwas wie ein Balkanstaat.

B.: Infolge der Ausfuhr wichtigster deutscher Lebensmittel nach der Sowjetunion herrschten in Thüringen katastrophale Ernährungsverhältnisse (steigende Tuberkulose, Wassersucht, vor allem bei Kindern usw.).

C.: Russische Versprechungen, mit Sequestrierungen und Demontierungen aufzuhören, seien nicht erfüllt worden. Man nannte Beispiele später demonstrierter Industriewerke.

D.: SED-Führer setzten den Naziterror unter anderm Namen fort.

Es handelte sich um einen sogenannten Geschäftszug, der also für die deutsche Zivilbevölkerung nicht typisch ist. Wesentlich scheint mir auch nur, daß jeder frei von der Leber weg sprach.

Bei andern Gelegenheiten stieß ich immer wieder auf gleiche Offenherzigkeit. Eine kleine, aber prominente Universität hatte das kürzliche Volksbegehren geschlossen unterzeichnet. Lachend erklärten mir die Studenten: «Wir waren mit Relegierung bedroht. Wer hätte es schon gewagt, sich dieser Gefahr auszusetzen?»

In Dresden klagte ein ehemaliges Mitglied der Hitler-Jugend — ich hatte den jungen Mann vor zehn Minuten kennengelernt — darüber, daß sogar ehemalige Führer der Hitler-Jugend Karriere machten, wenn sie sich der SED anschlossen, während andere schwer benachteiligt würden. Überall begegneten mir einstige Sozialdemokraten, die die Verschmelzung beider Arbeiterparteien bedauerten und die Wiederkehr der SPD ersehnen.

Um es nochmals zu sagen: das tödliche Schweigen, das viele osteuropäische Länder heute charakterisiert, gehört noch nicht zum Alltag der russischen Zone.

Aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, von Gegnern und Spöttern Ausführungsorgan der Besatzungsmacht genannt, kommen, bis auf ein Land, sämtliche Ministerpräsidenten. Überall besetzt sie das Innenministe-

rium, die Polizei und die Erziehung. Diese Ressorts bleiben auch in Provinzial-, Stadt- und Gemeinderegierungen SED-Monopol.

Den Ministerpräsidenten bzw. Oberbürgermeister stellt die größere Partei. Praktisch ist das fast immer die SED. Auch wenn beide bürgerlichen Parteien über eine parlamentarische Majorität verfügen, bleibt ihnen also die repräsentativste Position versagt.

In Weimar liegen die Mehrheitsverhältnisse so, daß der Oberbürgermeister ein LDP-Mann ist. Bis heute hält er sich, scharfen Angriffen zum Trotz, auf seinem Posten.

Von russischer Seite werden Blockregierungen aus den drei Parteien gewünscht, denen sich möglicherweise nach Neuwahlen die Nationaldemokraten, rehabilitierte kleine Nazis, zugesellen dürfen. Praktisch herrscht jedoch SED-Politik. In LDP- und CDU-Kreisen steigen die Tendenzen an, die ein Ausscheiden aus den Blockkabinetten wünschen. Auf dieser Linie dürfte der Rücktritt des Weimarer LDP-Justizministers Dr. Helmut Külz liegen.

Nach außen ist immer noch weitgehende Kritik gestattet. Im Weimarer Parlament hörte ich scharfe Angriffe Dr. Elsters gegen die «SED-Polizei» und Herrn Beckers gegen landeseigene Betriebe, von ihm als «Pleitewirtschaft» angeprangert. Praktisch heißt jedoch Block Kompromiß, und Kompromiß nicht gerade Nachgeben der SED! Anfangs hofften die bürgerlichen Parteien darauf, die Schraube der Sozialisierungen zurückdrehen zu können. Heute wissen sie, daß diese Tendenzen nicht mehr zu stoppen sind. Wenn hier und da einmal Verlangsamungen eintreten, dann allein aus Zweckmäßigkeitsgründen.

In ihrer Propaganda gestatten die Russen den bürgerlichen Parteien eine gewisse Freizügigkeit. So befindet sich im Leipziger Telephonbuch ein ganzseitiges Inserat der LDP. An ihrem Parteihaus liest man das Werbeplakat «Wir wollen sozial, aber nicht Sozialisten sein». Bemerkenswert ist dabei, daß sich Leipzigs Hauptarbeitsamt im gleichen Gebäude befindet — mit großem Parteienverkehr.

Während die SED gegen diese Art der Werbung bei der Sowjetischen Militäradministration öfters Verwahrung einlegte, ist diese klug genug, von Zeit zu Zeit Zugeständnisse zu machen, die nicht auf Kosten ihrer wichtigsten Prinzipien gehen. Bei Verfassungsfragen geschah das einige Male. In Sachsen hatte sich ein privater Kompensationshandel von Strümpfen gegen Zigaretten aus Westdeutschland bis zur allgemeinen Wirtschaftsschädigung herausgebildet. Die SED forderte daraufhin Paketzensur. Als beide bürgerlichen Parteien diesem verfassungsändernden Entwurf nicht zustim-

men wollten, wurde er zurückgezogen. Solche im Grunde geringfügigen Beispiele sind jedoch nur Augenauswischerei.

Selbst Professor Hickmann, Mitglied der Wirtschaftskommission und prominentester sächsischer CDU-Führer, gab mir gegenüber starke russische Einmischung in die Parteipolitik zu. (Hickmann gilt als rußlandfromm.) Tagungen der Parteivorstände werden sehr oft von russischen Offizieren besucht und kontrolliert. Beschlüsse gelangen denn umgehend zum kommandierenden General. Sehr oft wird sein Wunsch übermittelt, sie wieder aufzuheben. Auf solchen Wunsch hin mußte die thüringische LDP ihre Resolution zurückziehen, aus dem Sequestrierungskomitee auszuscheiden.

Unverblümmt ist die Bevorzugung von SED-Blättern bei der Papierzuteilung. Berliner Parteiorgane und die von der Roten Armee herausgegebene «*Tägliche Rundschau*» gelangen in großen Auflagen nach der Zone. Daneben erscheint beispielsweise in Leipzig das SED-Blatt sechsmal wöchentlich. Die dortige LDP- und CDU-Zeitung muß sich mit «zweimal wöchentlich» und nur zwei Seiten Umfang begnügen. Sondershaus ist eine thüringische Stadt von 20 000 Einwohnern und einer beträchtlichen LDP-Gruppe. Es dürfen aber nur 15 Exemplare der «*Thüringischen Landeszeitung*», des Parteiorgans, dorthin gelangen.

Tendenzen zum Zusammenschluß aller Parteien sind vorläufig noch schwach und dürften sich nur auf russischen Wink hin verstärken. Thüringens SED-Ministerpräsident Eggerath beantwortete meine hypothetische Frage, was seine Partei tun würde, wenn sie bei künftigen Wahlen 75 Prozent aller Stimmen erhalten sollte, ohne nachzudenken: «Wir würden auch dann an Blockpolitik und Blockregierung festhalten.»

Nach zahlreichen Voraussagen würde die SED ohne Russen kartenhaushaft zusammenstürzen. Vorläufig ist sie an vielen Plätzen stärker vertreten als früher SPD und KPD zusammen. (Leipzig: SPD und KPD 30 000, SED 88 000 Mitglieder.) Banken und andere mehr kaufmännische Unternehmungen haben auch CDU- und LDP-Gruppen. In Fabriken fand ich neben dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), dem jeder Arbeiter und jede Angestellte angeschlossen ist, fast immer die SED allein vor mit verwandten Gruppen, wie Demokratischer Frauenbund, Freie Deutsche Jugend usw.

Da mittlere und kleinere Betriebe vorherrschend sind, will ich zwei solche Beispiele herausgreifen. Die politische Aktivierung der Arbeiter dürfte sich fast überall in ähnlichen Relationen halten. *Sack*, ein volkseigener Leipziger Betrieb (landwirtschaftliche Maschinen), hat 1000 Arbeiter. 550 gehören der SED an. *Hartwig und Vogel*, Dresdens berühmte Schokoladefabrik,

ebenfalls eine Firma, die sich nunmehr in öffentlichem Besitz befindet, beschäftigt 300 Leute. 85 sind SED-Mitglieder, 70 Angehörige des Demokratischen Frauenbundes.

Von vorneherein beschäftigte mich am meisten die Frage, wieweit der Arbeiter Ostdeutschlands die SED als Not- bzw. Zwangslösung betrachtet, und wieweit er den Gedanken dieser Einheitspartei wirklich vertritt. Ja, es wurde eine Gretchenfrage daraus. Von kommunistischer Seite ist die überwältigende Majorität mit der Einheitslösung einverstanden. Einige radikale Elemente, die jeden Zustrom gemäßigter Kräfte verurteilen und sie wieder abstoßen möchten, sind vorhanden, jedoch zahlenmäßig ohne Bedeutung.

Ganz anders ist das Bild bei den ehemaligen Sozialdemokraten. Aus meinen Stichproben, die selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, ergibt sich, daß mindestens 50 Prozent in der gleichen Stunde, in der die SPD wieder zugelassen wäre, zu ihr zurückkehren würden. Illegale sozialdemokratische Gruppen existieren jedoch nicht. Bescheiden beschränkt man sich in der Aktivität auf das Leben des «*Telegraf*» oder «*Sozialdemokrat*», wenn diese nicht gerade verboten sind, und auf gelegentliches Abhören der deutschen Arbeitersendung aus London.

Solche sozialdemokratischen Arbeiter — und es sind alte und beste Gewerkschafter darunter —, die sich zur Einheitsidee bekennen, erklären sich deswegen noch lange nicht mit Parteilinie und Parteiführung einverstanden. Enttäuschung ist allgemein. Man hatte mit einer gewissen Parität der Verteilung von Positionen und Einfluß gerechnet und fühlt sich, nicht zu Unrecht, majorisiert. Wenn auch gelegentlich frühere Sozialdemokraten, wie Sachsens hochtalentierter Ministerpräsident Seydewitz, an verantwortlicher Stelle wirken, so sind das eben doch große Ausnahmen. Dennoch hält der von mir zitierte Gewerkschaftertyp die Einheit der Arbeiterklasse für weit wesentlicher als selbst schwerwiegende innerparteiliche Verbitterungen. Es sind heute wieder Errungenschaften zu verteidigen, die er bei neuer Spaltung zu verlieren fürchtet.

Kurioserweise gibt es jetzt noch Betriebe, deren Belegschaft sich geschlossen aus früheren SPD-Leuten zusammensetzt und jede Infiltrierung verhindert.

Um bei den richtigen Proportionen zu bleiben, sei festgestellt, daß in ganz Deutschland die Politisierung der Massen eine ziemlich geringe ist. Mit Ausnahme der Aktivisten finden alle Leute, daß Fisch, Fett und Kleidung weit wichtiger sind als Parteien.

Genau wie in den Westzonen, wird auch in der russischen der Satz, daß «die Besatzungsmacht an allem schuld» sei, kolportiert.

Der Durchschnittsdeutsche ist käuflich, und wie mir ein Weimarer Zyniker versicherte, würde «mehr Fett» auch «mehr Russenfreundlichkeit» bedeuten. Grundsätzlich liegt die Abneigung gegen die Russen jedoch tiefer. Sie ist historisch verwurzelt und das Ergebnis generationenlanger Erziehung. Aus dem Zusammenleben ergab sich keine neue Einstellung. Dabei sind beispielsweise in Sachsen und Thüringen, die zuerst amerikanisch besetzt waren, jene Ausschreitungen nicht vorgekommen, die das Gemüt vieler Berliner und Wiener belasten. Selbst überzeugt marxistische Arbeiter können nur zum sehr geringen Teil als russenfreundlich bezeichnet werden. Interessiert nahm ich Einblick in die Leserkartotheke verschiedener Werkbibliotheken. Bücher über das neue Rußland und seine Führer, obgleich hervorragend gebunden und auf bestem Papier gedruckt — für Deutschland eine Seltenheit — wurden nur ganz selten ausgeliehen. In Arbeiterkreisen herrscht eine nicht verleugnete Enttäuschung. Man hat sich die Russen fortschrittlicher vorgestellt und an einen Idealbolschewismus geglaubt. Russisches Militär lebt im allgemeinen durchaus bescheiden, dennoch natürlich weit besser als der auf sehr magere Rationen angewiesene Deutsche. Vielfach wurde jedoch vollkommene Nivellierung erwartet.

Die Besatzungsarmee wird von der deutschen Ostzone unterhalten. Volkswirtschaftlich ergibt das keine große Belastung. Flüsterpropaganda übertreibt jedoch die Ziffern maßlos. Etwa die Hälfte der Zuckerproduktion soll nach Rußland ausgeführt worden sein. Wie weit sonstige Lebensmittel dorthin exportiert wurden, ist schwer feststellbar. Alle Verteilungen erfolgen über Zentralorganisationen, so daß nicht einmal Landesministerien zuverlässige Statistiken besitzen. Ministerpräsident Seydewitz und sein Kollege Eggerath versicherten mir, daß keine Lebensmittel nach der Sowjetunion exportiert würden. Im Volke hat man jedoch andere Vorstellungen. Während einer Wochenschauvorführung wurden die Weizenschiffe aus Rußland beim Löschen gezeigt. Sie sollten das deutsche Getreidedefizit für die Mindestrationen ausgleichen. Statt jedoch von Dankbarkeitsgefühlen erfüllt zu sein, brach das Publikum — es handelte sich um Chemnitz — in schallendes Hohngelächter aus. Zweifelsfrei herrschte der Eindruck vor, daß nur wenige Prozente eines großen Raubes zurückerstattet wurden.

Selbst ein so russenfreundlicher Mann wie der thüringische Ministerpräsident gibt zu, daß große Mentalitätsunterschiede Verständigungsmöglichkeiten trüben. Zuweilen betrachten die Russen Vergehen als Spionage oder Provokation, die deutsche Behörden nicht einmal beachten würden. Hieraus ergibt sich ein starkes Unsicherheitsgefühl. Der Abtransport von Facharbeitern nach Rußland, in Zahlenveröffentlichungen des Westens phantastisch

übersteigert, hat auch nicht gerade neue Sympathien geworben. Die russische Kontrolle der deutschen Behörden ist äußerst strikt. Selbst kleinste Beamtenernennungen müssen bestätigt werden. Sehr leicht kommt es zu verstimmenen Entlassungen. So wurde ein hoher thüringischer Richter eigentlich nur deswegen seines Amtes enthoben, weil er zum engeren Freundeskreise des in Ungnade gefallenen CDU-Führers Jakob Kaiser gehört hatte. Demontierungen bis zur Entfernung der zweiten Eisenbahngeleise sind ziemlich maßlos erfolgt. Nicht ganz zu Unrecht nehmen die Bewohner der Ostzone an, daß sie allein Deutschlands Reparationen tragen müssen<sup>1</sup>.

In der Westpresse erscheinen ununterbrochen Berichte über das Verschwinden einzelner Deutscher. Wiederum werden Phantasiezahlen veröffentlicht. Tatsächlich aber ist der Kreis solcher Fälle klein. Nach Rücksprache mit Erfurter Rechtsanwälten aller politischen Schattierungen stellte ich 15 Namen fest. Erfurts Einwohnerzahl beträgt heute 300 000. (Die Zahl der «Verschwundenen» erscheint uns durchaus nicht als klein. Und kommt es denn hier so sehr auf die Zahl an? — Red.) Sobald die Russen ihr mehrfach gegebenes Versprechen, Internierten den Briefwechsel mit ihren Angehörigen zu erlauben, erfüllen würden, dürften sich Entstellungen oder Übertreibungen rasch aufklären.

Bis auf wenige Ausnahmefälle, wie sie auch im Westen vorkommen, verhalten sich die Angehörigen der Besatzungsmacht durchaus korrekt. Gesellschaftlicher Kontakt ist kaum vorhanden. Im Gegensatz zu den Westzonen sieht man keine einheimischen Mädchen am Arm russischer Offiziere oder Soldaten. Zu Kino-, Theater-, Konzert-, Sportveranstaltungen usw. gehen letztere nur geschlossen. Mit der deutschen Zivilbevölkerung verkehren ausschließlich politische Offiziere. Sie veranstalten auch gut besuchte Diskussionsabende. Bei solchen Gelegenheiten kann jeder ungestraft aussprechen, was ihm beliebt. In Erfurt hörte ich selbst Fragen, wie «Warum kehren unsere Kriegsgefangenen als halbe Leichen zurück?» und «Weshalb die Riesenpropaganda mit dem russischen Weizen, wenn er erst den umgekehrten Weg machte?» Ruhig und sachlich antwortete der dialektisch geschulte Offizier.

An den Spitzen herrscht besserer Kontakt. Dort erkennt man das Be-

---

<sup>1</sup> Doch zu Unrecht. Beispielsweise hat Frankreich seit 1945 allein aus Baden schon rund 19 000 Maschinen im Wert von 73 Millionen Mark herausgeholt. Die Kapazität der badensischen Werkzeugmaschinenfabriken ist dadurch um 90 %, die der Uhrenfabriken um 70 bis 80 % reduziert worden. Am 31. Juli 1948 hat die alliierte Okkupationsbehörde für Baden neuerdings die vollständige oder partielle Demontage von elf weiteren Betrieben verfügt. Am 7. August haben die Maybach-Werke 600 Arbeiter entlassen, weil der Betrieb vollständig demontiert werden muß. («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1662.) — Red.

mühen der zumeist sehr jungen und fast immer aus dem Arbeiterstand kommenden Generäle an, die deutsche Sprache zu erlernen und die Probleme der ihnen unterstellten Länder zu erfassen. In Einzelheiten wissen sie oft besser Bescheid als deutsche Ressortminister. Bei Konferenzen herrscht viel guter Wille vor. Ministerpräsident Eggerath sprach von «Lehrern» im besten Sinne des Wortes.

Hervorstechend ist die große Förderung, die die Russen der Kunst und vor allem dem Theater angedeihen lassen. In Ostdeutschland sucht die Bühne nicht ohne Erfolg nach neuen Formen und Ausdrucksmöglichkeiten, während im Westen immer noch erstarrte Traditionen vorherrschen. Selbst «Oberst Kusmin» und «Die russische Frage» waren große Dresdener Erfolge. In Berlin fielen beide durch. Beim Bau neuer Theater gewähren die Besatzungsbehörden beträchtliche Materialhilfe. Selbst sie sind jedoch nicht immer imstande, alles aufzutreiben. So mußten in Dresden, wo die Schauspieler mit dem Neubau selbst begannen, Nägel aus Holz gedrechselt werden. Das Weimarer Nationaltheater, das das schönste und modernste Deutschlands zu werden verspricht, erhielt von den Russen 50 000 Meter Kabel geliefert.

In der Sowjetzone gibt es keine Erschöpfungszustände von Schauspielern oder Dirigenten. Neben Geldprämien, an denen sich auch die Landesregierungen beteiligen, erhalten Stars Zusatzlebensmittelgutscheine, sogenannte Pajoks. Dafür können sie in russischen Geschäften einkaufen. Ein Pajok bedeutet: 10 Pfund Mehl, 25 Pfund Kartoffeln, 6 Pfund Fleisch, 3 Pfund Butter, 200 Zigaretten und Nährmittel. Außerdem sorgt noch die Betriebsküche für eine tägliche warme Mahlzeit, von der sämtliche Angestellte profitieren.

Der Spielplan ist durchaus nicht einseitig festgelegt. So wird das neue Dresdener Theater mit einem Priestley-Stück eröffnet. Klassiker und westliche Literatur sind genau so vertreten wie russische Autoren.

Im Leipziger Polizeipräsidium hängen Bilder Lenins und Stalins. In den Schulen Ostdeutschlands beobachtete ich keine Festlegung dieser Art. Mit viel Experimentierdränger wird hier pädagogisches Neuland gepflügt. Die sogenannte Grundschule besteht aus 8 Klassen, denen vier Aufbauklassen folgen. Nach Absolvierung der letzten beginnen die Abiturientenprüfungen. In relativ kurzer Zeit muß also ein gewaltiges Pensum bewältigt werden. Alle Naziverdächtigen sind aus der Lehrerschaft verschwunden. Russisch ist Pflichtfach. Geschichtslehrer müssen sich einer neuen Prüfung unterziehen. Bis heute darf überhaupt kein Geschichtsunterricht erteilt werden. Gegenwartskunde ersetzt ihn. Auch Lenin und Stalin finden darin ihren Platz,

übrigens keinen sehr bevorzugten. Die Schulbücher atmen einen frischen Geist und entsprechen vielen Forderungen moderner Pädagogik.

Beitrittszwang zur SED-kontrollierten Freien Deutschen Jugend existiert nicht. Immerhin herrscht ein gewisser Druck. Auf Fragebögen finden wir eine ständige Rubrik: «Welche Funktion hast Du in der FDJ inne?» Noch stärker wird dieser Druck vor den Abiturientenprüfungen. Ich selbst las Briefe an solche Schüler, in denen ihnen geraten wird, weltanschauliche SED-Kurse zu belegen, bevor der Antrag auf Universitätsstudium gestellt wird. Die Anrede lautet «Lieber Genosse!» — auch bei Nichtgenossen.

Im übrigen herrscht unter den Schülern einzelner Gymnasien ein ziemlich muffiger Geist. Man lehnt alle Reformen, ob es sich nun um Nationalisierungen oder Bodenaufteilungen handelt, strikte ab.

Schärfere Opposition gegen die neue Zeit setzt sich bei 18- bis 25jährigen fort. Um so eifriger ist man von oben her bemüht, einen neuen Universitätsgeist zu schaffen. Im Kriege wurden vor allem Offizierssöhne und sonstige «sozial einwandfreie» Leute zugelassen. Heute ist eine Bevorzugung von Arbeiterkindern durchaus erkennbar. Weibliche Studenten nehmen zahlenmäßig auffallend zu; an der Leipziger Universität sind es 45 Prozent. Dort studieren 3800 Männer und Frauen. 1300 gehören der SED an und gelten als besonders aktiv.

Nicht jede Universität hat einen gleich starken Linkscharakter. So erntete in Jena Professor Leisegangs Bewertung von Karl Marx als eines «Philosophen des Hasses» den Beifall fast des gesamten Auditoriums.

Daß ein solcher Ausspruch in einem Lande ungestraft getan werden darf, dessen Kultusminister Marxist ist und das von der einzigen marxistischen Großmacht kontrolliert wird, spricht für — vorläufig noch — recht weitgehende Lehrfreiheit.

Potsdam wollte die deutsche Kriegsgefahr bannen, den deutschen Militarismus töten (zugleich mit dem Faschismus) und seine Wurzeln ausroden. Dieser Prozeß hat in der Ostzone die besten Fortschritte gemacht. Alle Kriegsfabriken der IG-Farben wurden abgetakelt, die übrigen entweder für Reparationen benutzt oder zu öffentlichem Eigentum erklärt.

In der amerikanischen Zone hat der IG-Trust noch 87 Fabriken, in der englischen 89 und in der kleinen französischen immerhin 20. Von den Russen wird leichte Industrie bevorzugt. Kohle, Gas und Energie liegen vollkommen in öffentlicher Hand. Aber auch jene Schlüsselindustrien, die deutsche Kriege ermöglichten und Hitler finanzierten, sind heute fast ausschließlich volks- und landeseigen (Grundstoffe, Metallurgie, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Glas, Zellstoff und Papier). Alle Kartelle, Syndikate und Monopole haben

zu existieren aufgehört. Vereinfacht wurde das durch die Tatsache, daß sie zum größten Teil Kriegsverbrechern oder Naziaktivisten gehörten.

Insgesamt befinden sich 3000 Unternehmungen in öffentlichem deutschem Besitz, die Sowjetaktiengesellschaften selbstverständlich nicht mit eingerechnet. Offiziell heißt es, daß 40 Prozent der industriellen Betriebe volks- oder landeseigen seien. Praktisch sind es aber bereits 50 Prozent. Landeseigene Betriebe werden mit Rohstoffen direkt von den Länderregierungen, volkseigene von der zentralen Wirtschaftskommission der Sowjetzone, deren Hauptsitz in Berlin ist, beliefert. Letztere kontrolliert aber die gesamte Wirtschaftsplanung, der sich auch Privatfirmen einzuordnen haben. Von ihr stammt der Zweijahresplan. In der Wirtschaftskommission haben die Gewerkschaften entscheidenden aktiven Einfluß.

Bemerkenswert ist die soziale Umschichtung. An der Spitze von vier Fünfteln aller volks- und landeseigenen Unternehmungen stehen ehemalige Lohnempfänger. Ein Bergarbeiter leitet den wichtigen Zwickauer Kohlenbergbau, ein Metallarbeiter (mit 12 Jahren KZ) Sachsen führende Metallfabrik usw. Von der Belegschaft gewählte Betriebsräte sind vollkommen kontrollberechtigt. Dadurch hat der Arbeiter hundertprozentige Mitbestimmung am Werk, einschließlich Entlassungen, was sich auf die allgemeine Moral günstig auswirkt. Volks- und landeseigene Betriebe werfen 10 Prozent des Gewinnes in soziale Fonds, die Urlaubsheimen und andern ähnlichen Zwecken zugute kommen.

Marschall Sokolowskys vielbesprochener Befehl 234 hat weitere Vorteile mit sich gebracht. So erhalten nunmehr 1 000 000 Arbeiter eine warme Mahlzeit im Betrieb, Schwerstarbeiter mit Fleischzulage. Akkordarbeit wird besonders gefördert. Prämien in Lebensmitteln, Textilien und Schuhen belohnen besondere Leistungen. Frauenarbeit ist tarifmäßig der Männerarbeit gleichgestellt.

Das Gefühl allein, für so etwas wie ein eigenes Unternehmen zu arbeiten, ermöglichte den Wiederaufbau durch Demontierung nahezu verschwundener Betriebe. So produziert die Leipziger Firma Sack bereits wieder 8 000 000 Bodenbearbeitungsgeräte oder einen Drittteil der Vorkriegskapazität, obgleich ein großer Teil ihrer völlig veralteten Maschinen, die dazu noch meist andern Zwecken dienten, intuitiver Handhabe bedürfen. Die zwei Betriebsräte — sie werden vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund bezahlt, was ihre Unabhängigkeit noch vergrößert — führten mich mit einer Art Besitzerstolz durch die Fabrik.

Vielleicht noch großartiger sind die Leistungen der Jenaer Zeiß-Werke, deren beste Wissenschaftler und Techniker erst von den Amerikanern, später

von den Russen entführt wurden, und die bis auf die Gas- und Elektrizitätsanlagen, Wasserleitungsrohren, Türen, Fenstern, Mobiliar und Schreibmaschinen demontiert waren. Diese Auflösung erfolgte am 22. Oktober 1946. Damals verringerte sich das Personal von 12 000 auf 2000 Mann. Heute arbeiten bereits wieder 7500 Leute, und es werden erneut Glanzleistungen an Photoapparaten, Mikroskopen, Meßinstrumenten und Brillengläsern geschaffen. 80 Prozent dienen Reparationszwecken. Aehnliche Ziffern erfahren wir auch von andern Fabriken Ostdeutschlands. Sobald sich die Russen einmal entschließen werden, die Reparationen wesentlich herabzusetzen — das finnische, ungarische und rumänische Beispiel lassen eine solche Hoffnung zu —, kann der Wohlstand der russischen Zone stark anwachsen. Alle Voraussetzungen dazu sind vorhanden.

Die industrielle Produktion ist grundsätzlich im Steigen begriffen. Sie beträgt 42 Prozent der 1938er Kapazität, während die Bizone im höchsten Falle mit 35 Prozent aufwarten kann. Besondere Erfolge wurden in der Textilfabrikation erzielt. Auf den Kopf der Bevölkerung Ostdeutschlands kommen (ohne die bevorzugten Werkleute) 590 Gramm, gegenüber 81 Gramm in der Bizonen.

Die Furcht vor Zwangsverpflichtung nach Aue und benachbarten Uraniumwerken liegt als dunkler Schatten auf den Errungenschaften des ostdeutschen Arbeiters. Ausgenommen sind nur Opfer des Faschismus. Grundsätzlich aber sieht der Werktätige in der Wirtschaft gewisse Ziele verwirklicht, für die schon seine Väter kämpften. Weitere Nationalisierungstendenzen sind deutlich sichtbar. Vor allem finden sie ihren Ausdruck in Lieferungsbeworzung der allmächtigen Konsumvereine, von denen auch Hotels, Restaurants usw. beliefert werden, und in entsprechender Benachteiligung eines großen Teils im Privatbesitz befindlicher Firmen.

In der Ostzone allein wagen sich Faschismus, Neofaschismus und Antisemitismus nicht hervor. Es gibt keine Lager für Displaced Persons, und überlebende Juden haben das Gefühl wirklichen Schutzes. Ihrer Auswanderung nach Palästina sind heute keine Schranken mehr gesetzt.

Die Entnazifizierungen sind nunmehr abgeschlossen worden. Wie ich mich immer wieder überzeugen konnte, sind sie mit Gründlichkeit durchgeführt worden. Obgleich viele Vorbelastete sofort nach dem Westen flohen, verschwanden rund 520 000 Naziaktivisten aus führenden Stellungen. KZ-Leidensdauer oder illegale Tätigkeitsrekorde wurden zum Kriterium für die meisten prominenten Positionen. Dabei war fachliche Unzulänglichkeit oft unvermeidbar. Im großen und ganzen aber haben die neuen Männer und Frauen mit eiserner Energie nachgeholt, was ihnen fehlte. Polizeikomman-

dant eines großen sächsischen Bezirkes ist der frühere Techniker M. Kurs um Kurs erwarb er sich die erforderliche Schulung. Thüringens Ministerpräsident begann als Bau- und Bergarbeiter. In Dippoldiswalde empfing uns der über die lokalen Verhältnisse und Probleme glänzend informierte Landrat. Als früherem Landarbeiter, der das KZ-Abzeichen trug, waren ihm die Nöte und Wünsche der Bevölkerung nicht fremd. Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Sicherlich liegt in der durchgehend einseitigen Färbung solcher Leute eine Majorisierungsgefahr. Der unbefangene Beobachter hat jedoch ein größeres Gefühl der Sauberkeit als wenn er in den Westzonen auf führenden Plätzen immer wieder Faschisten, Halbfaschisten und Reaktionären begegnet, die die herrschenden Schichten von 1870 bis 1945 verkörpern.

Eigentlich ist es selbstverständlich, daß bei der charakterisierten Führerschicht im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben eine neue schöpferische Gesinnung an Boden gewinnt. Die Aktivistenbewegung setzt sich immer stärker durch. Wie mir Ministerpräsident Seydewitz auseinandersetzte, genügen 20 wirkliche Aktivisten unter 500 Arbeitern, um die andern mitzureißen. Zeichen einer bemerkenswerten Solidarität findet man überall. Neubauerndörfer verteilen ihre überschüssige Milch an gesundheitsgefährdete Kinder benachbarter Städte. Sie selbst profitieren von der freiwilligen Hilfe beim Aufbau ihrer Gehöfte, an denen sich alle städtischen Beamten und manchen Sonntag bis zu 650 FDJ-Mitglieder aus der benachbarten Patenstadt beteiligen, die mit Lastwagen befördert werden. Ohne Lohn verfertigte die Belegschaft der Zeitz-Werke Bergungsgeräte für ein benachbartes Elektrizitätswerk, dessen Maschinen die SS in den Sumpf geworfen hatte.

In Ostdeutschland wurden insgesamt 12 355 Güter von Junkern, Kriegsverbrechern, Naziführern usw. aufgeteilt. Sie hatten eine Fläche von 7500 000 Morgen. 500 000 Familien konnten dadurch bedacht bzw. angesiedelt werden. Viele arme Bauern erhielten einen Landzuschuß, der zwischen 5 bis 12 Morgen liegt.

Wie die ins Volkseigentum übergegangenen Betriebe das Kernstück der industriellen Produktion bilden, so sind die Neubauern landwirtschaftliche Hauptlieferanten. Schon heute kann man sagen, daß sich das Experiment rentiert. So hat sich der Viehbestand der russischen Zone wesentlich vermehrt. Zwischen 1945 und 1947 gibt es dort 9 Prozent mehr Pferde, in der amerikanischen Zone mit dem zweitbesten Resultat 2 Prozent mehr, 15 Prozent mehr Schlachtvieh, in der französischen Zone als zweitbester 5 Prozent, 28 Prozent mehr Schafe usw.

Je intensiver sich umgestellte Neubauern in ihre neue Tätigkeit hinein-

gelebt haben werden, desto bessere Resultate sind zu erwarten. Ich besuchte das frühere Rittergut Beirreut. Für seine mustergültige Erntearbeit hatte es die Wanderfahne und neben andern Auszeichnungen die höchste Prämie, einen Traktor, erhalten. Das Rittergut wurde unter 18 Familien verteilt, 11 sind ehemalige Tagelöhner, 7 Flüchtlinge. Man sieht nur zufriedene Gesichter. Im Gegensatz zu vielen andern Neubauerndörfern, wo die Wohnungsfrage noch ihrer Lösung harrt, ist in Beirreut die Bautätigkeit weit fortgeschritten. Von der Landeskreditbank erhält jede Familie 15 000 Mark. Daneben werden 5000 Mark Geschenke an solche Bauern verteilt, die beim Bau aktiv mitwirken. Helle, freundliche Räume, nett eingerichtet — auch der Radioapparat fehlt nicht — lassen ehemalige Landarbeiter und Flüchtlinge die Freude des Eigenbesitzes fühlen. Ein Teil der Herrenhäuser wurde abgerissen. Das hat seine psychologische Bedeutung: «Der Herr kehrt nicht zurück.» Auf diesem Mustergut hat sich der Viehbestand seit 1945, wo jeder gerade mit einer Kuh begann, bereits verdoppelt — keine Familie, die auch nicht bereits Ziegen, Schafe und Schweine besitzt. Das Soll wird stets pünktlich erfüllt. Was darüber hinausgeht, also die sogenannte freie Spitze — praktisch ist das gegenwärtig etwa 50 Prozent der Ernte —, kann bis zur fünffachen Höhe des Normalpreises verkauft werden. Zumeist geschieht das über Genossenschaften. Da man neuerdings solche freie Spitzen gegen Schuhe, Textilien und Geräte eintauschen kann, was allgemein geschieht, ist der Gefahr eines Schwarzen Marktes vorgebeugt.

Die Neubauern sind eine starke Stütze des herrschenden Systems. Wer ihre Profitfreude mit erlebt, weiß aber, daß sie es nur so lange bleiben werden, als keine Kollektivisierungstendenzen auftauchen.